

WIRTSCHAFTSCHRONIK

III. QUARTAL 1999

Der neue Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, stellt seine Kommissare vor. 20 Kommissionsmitglieder werden bis 2005 für die neugegliederten 36 Generaldirektionen und Dienststellen verantwortlich sein. Nach der Anhörung der neuen Kommissionsmitglieder stimmt das Europäische Parlament der Einsetzung der neuen Kommission zu.

5. Juli: Bulgarien vollzieht eine Währungsreform: Ein neuer Lew entspricht 1.000 alten Lew.

AUSLAND

7. Juli: Das dritte Treffen der deutschen Sozialpartner zum „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ findet statt. Die Partner sehen ihren Aktionsbedarf in drei Punkten: Die Politik zur beruflichen Ausbildung soll auf regionaler Ebene zwischen öffentlicher Arbeitsverwaltung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern koordiniert werden. Eine Sofortaktion zur Schaffung von Lehrstellen im Informatikbereich soll die derzeit 15.000 Plätze innerhalb von drei Jahren auf 40.000 erhöhen. Die Gesprächsrunde beschließt ein Konsenspapier unter dem Motto „Jeder junge Mensch, der kann und will, wird ausgebildet“.

Weiters sollen die Möglichkeiten für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sowie für die Flexibilisierung der gesetzlichen Bestimmungen für Teilzeitarbeit von über 55jährigen überprüft werden.

12. Juli: Die Finanzminister der EU-Länder beschließen anlässlich der Ratssitzung, ihre Wirtschaftspolitik gegenseitig enger abzustimmen, um das Vertrauen der Anleger in den Euro zu stärken.

13. Juli: Die von den G 7 eingesetzte „High Level Steering Group“ tritt erstmals zusammen. Unter dem Vorsitz der Weltbank und der EU-Kommission berät die Lenkungsgruppe über einen Aktionsplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Kosovo.

26. Juli: Die USA und Vietnam einigen sich auf eine Grundsatzvereinbarung über einen bilateralen Handelsvertrag. Dieser eliminiert Einfuhrverbote, Importquoten sowie hohe Zölle. Vietnam kann in den Genuß der NTR (Normal Trade Relations, früher Meistbegünstigungsklausel) kommen.

Als Entschädigung für den Einfuhrstopp der EU für hormonbehandeltes Rindfleisch erteilt die WTO den USA die Erlaubnis, für bestimmte EU-Waren Einfuhrzölle von 100% (im Wert von 124 Mill. \$) zu verhängen.

Abgeschlossen am 10. Oktober 1999

24. August: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Discount Rate beträgt somit 4¾% und die Federal Funds Rate 5¼%.

1. September: Für die kommenden drei Jahre übernimmt Mike Moore die Generaldirektion der WTO. Für die darauffolgende Amtsperiode ist Supachai Panitchpakdi designiert. Dieser Kompromißlösung ging ein einjähriger Entscheidungsprozeß der 134 Mitgliedstaaten voraus.

8. September: Die Bank of England erhöht den Leitzinssatz um ¼ Prozentpunkt auf 5¼%.

14. September: In Auckland findet ein Gipfeltreffen des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums statt. Die 21 Mitgliedstaaten streben in zwei Etappen eine Freihandelszone an: Bis 2010 sollen die Handelsbarrieren zwischen den höherentwickelten Mitgliedsländern und bis 2020 zwischen allen Teilnehmerstaaten fallen.

15. September: Das Europäische Parlament stimmt der neuen Kommission zu. Unter der Präsidentschaft von Romano Prodi werden 19 Kommissare für folgende Bereiche verantwortlich sein:

Neil Kinnock	Vizepräsident, Verwaltungsreform
Loyola de Palacio	Vizepräsidentin, Beziehungen zum Europäischen Parlament, Verkehr und Energie
Mario Monti	Wettbewerb
Franz Fischler	Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums und Fischerei
Erkki Liikanen	Unternehmen und Informationsgesellschaft
Frits Bolkestein	Binnenmarkt
Philippe Busquin	Forschung
Pedro Solbes Mira	Wirtschaft und Währungsangelegenheiten
Poul Nielson	Entwicklung und humanitäre Hilfe
Günter Verheugen	Erweiterung
Chris Patten	Außenbeziehungen
Pascal Lamy	Handel
David Byrne	Gesundheits- und Verbraucherschutz
Michel Barnier	Regionalpolitik
Viviane Reding	Bildung und Kultur
Michaele Schreyer	Haushalt
Margot Wallström	Umwelt
Antonio Vitorino	Justiz und Inneres
Anna Diamantopoulou	Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Die Amtszeit der Kommission dauert bis zum 22. Jänner 2005.

Die Zahl der Generaldirektionen und Dienste der Europäischen Kommission wird um 6 auf 36 verringert, die Numerierung wird aufgehoben. Die neue Gliederung ist im Internet unter folgender URL abrufbar: <http://europa.eu.int/comm/dgs-de.htm>

27. September: Anlässlich der Jahrestagung der Bretton-Woods-Institutionen treten der IWF und die Weltbank für einen schnelleren und umfassenderen Schuldenerlaß für 33 „heavily indebted poor countries“ (HIPC) ein.

Die 15 wichtigsten europäischen Zentralbanken unterzeichnen ein Moratorium von 5 Jahren für weitere Verkäufe von Währungsgold.

10. Oktober: Das „Asia Europe Meeting“, ein im Zweijahresrhythmus stattfindendes Treffen der EU-Wirtschaftsminister mit Vertretern von 10 asiatischen Ländern, strebt die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse sowie eine Kooperation im Bereich von Infrastrukturprojekten an. Ein Programm zum virtuellen Informationsaustausch wird gestartet.

ÖSTERREICH

Der Wahlkampf zur Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 erreicht seinen Höhepunkt. Neben der Neutralitätsfrage, der Diskussion um ein Berufsheer und der EU-Osterweiterung dominieren sozial- und familienpolitische Themen die Wahlwerbung der Parteien (aktive Beschäftigungspolitik, „Kinderscheck“, „Karenzgeld für alle“). Der Ausgang der Wahlen, aus denen erstmals SPÖ, FPÖ und ÖVP mit ähnlichem Stimmenanteil hervorgehen, erschwert eine Regierungsbildung.

1. September: Rudolf Streicher und Johannes Ditz übernehmen den Vorstand der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG).

2. September: Wissenschaftsminister Caspar Einem stellt den Entwurf der „Forschungsstrategie 1999 plus“ vor: „Grünbuch zur Österreichischen Forschungspolitik“. Die österreichische Forschungsquote soll von 1,6% des BIP bis 2005 auf 2,5% erhöht werden.

16. September: Die Europäische Kommission eröffnet gegen acht österreichische Banken ein Kartellverfahren. Nach Ansicht der Kommission wären im Rahmen des „Lombard-Klubs“ Zinssätze und Gebühren koordiniert worden, worin die Kommission einen Verstoß gegen Art. 81 EG-Vertrag sieht.

3. Oktober: Bei den Nationalratswahlen sind 5,838.373 Österreicher wahlberechtigt. Bei einer Wahlbeteiligung von 80,42% verteilen sich die Stimmen und Mandate auf die Parteien wie folgt:

	Stimmen	Anteile in %	Mandate
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,532.448	33,15	65
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,243.672	26,91	52
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	1,244.087	26,91	52
Liberales Forum – Heide Schmidt (LIF)	168.612	3,65	0
Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE)	342.260	7,40	14
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	22.016	0,48	0
Die Unabhängigen – Liste Lugner (DU)	46.943	1,02	0
Nein zu NATO und EU Neutrales Österreich Bürgerinitiative (NEIN)	19.286	0,42	0
Christliche Wählergemeinschaft (CWG)	3.030	0,07	0